

Archer & Co

Redaktion, Administration u. Druckerei: Kolowratring, Pöschelgasse Nr. 11. Unfrankierte Briefe werden nicht angenommen und Manuskripte in keinem Falle zurückgesandt.

Neue Freie Presse. Morgenblatt.

Abonnement für das Inland: Mit dem 1. d. Monats. Postverrechnung: Ganzj. K. 24, Halbj. K. 12, Viertelj. K. 6. Abonnement für das Ausland: Vierteljährig: Deutschland, Belgien K. 20, Frankreich K. 22, Italien K. 24, Schweiz K. 20, Spanien K. 20, Portugal K. 20, Griechenland K. 20, Türkei K. 20, Persien K. 20, Japan K. 20, Siam K. 20, China K. 20, Ostindien K. 20, Westindien K. 20, Australien K. 20, Neuseeland K. 20, Südamerika K. 20, Nordamerika K. 20, Afrika K. 20, Asien K. 20, Ozeanien K. 20.

Nr. 15377. Wien, Freitag, den 14. Juni 1907.

Wien, 13. Juni.

Eine Wendung in der Ausgleichsfrage ist eingetreten. Am letzten Tage, fast könnte man sagen, in der letzten Stunde der Ministerkonferenzen, hat sie sich vollzogen. Der kurzfristige Ausgleich steht im Vordergrund der Verhandlungen! Die wichtige Nachricht wird in einem heute erschienenen Artikel des Abgeordneten Hollo bestätigt und ihre Zuverlässigkeit ist somit nicht zu bezweifeln. Schon die amtlichen Mitteilungen der beiden Regierungen ließen erkennen, daß die Stimmung, die am Beginn der Konferenzen ziemlich gedrückt war, sich vor dem Abschluß der Verhandlungen sehr geändert habe. In den amtlichen Mitteilungen wurde allerdings nur auf Fortschritte in den Einzelheiten hingewiesen, allein eine nähere Prüfung ließ doch vermuten, daß die Möglichkeit eines Gesamtausgleiches um einige Nuancen günstiger beurteilt werde. Diese Wendung wurde durch die Tatsache herbeigeführt, daß jetzt beide Regierungen sich mit dem Gedanken beschäftigen, den kurzfristigen Ausgleich, also den Ausgleich bis zum Jahre 1917, zu schließen. Da ein so schweres Gepäck wie die Frage der Zwischenzölle, eine der ernstesten, vor der die Monarchie jemals gestanden ist, ferner die staatsrechtliche, ob schon jetzt das Einverständnis mit der Zolltrennung und mit den Zollsanktionen für das Jahr 1917 ausgesprochen werden solle, schließlich alle die wichtigsten Fragen des staatsrechtlichen Verhältnisses Ungarns zum Auslande nach dem Jahre 1917 — da alle diese schweren Säcke aus dem Ballon hinausgeworfen wurden, so ist es begreiflich, daß er leichter in die Höhe zu steigen beginnt. Der kurzfristige Ausgleich ist gewiß schon wegen der Erneuerung des Bankprivilegiums in einem Moment, in welchem das Verhältnis zwischen den beiden Staaten nach dem Jahre 1917 noch unbekannt sein wird, ein sehr schwieriges Problem. Aber die besonderen Schwierigkeiten des langfristigen Ausgleichs fallen doch weg. Nämlich jene, die politisch, wirtschaftlich und technisch in dem großen Bedenken liegen, daß die Monarchie sich schon jetzt über das Jahr 1917 hinaus binden solle. Heute schon zu sagen, daß wir uns verpflichten, gegen Zwischenzölle keine Einwendung zu erheben, uns jetzt schon wehrlos für den Fall zu machen, daß Ungarn sich gegen unsere Grenzen durch Zollsanktionen abschließen wollte, wäre gegen die öffentliche Stimmung und beinahe gegen das öffentliche Gewissen. Niemand wird die Tatsache bedauern, daß der langfristige Ausgleich ganz zur Seite geschoben wurde. Er war stets unvollständig, und nicht allein die Erwägungen der Verwirklichung, auch die Regungen des Instinkts haben sich gegen ihn gewehrt. Dabei zeigt sich eine merkwürdige Erscheinung, die sehr beachtenswert ist und die Entscheidung der beiden Regierungen als wirklich klug und notwendig erkennen läßt. Der Artikel des Abgeordneten Hollo dürfte die

ungarische Stimmung richtig schildern und wiedergeben, wenn er die Befriedigung darüber ausdrückt, daß der langfristige Ausgleich aus den Verhandlungen ausgehakt wurde. Zum erstenmal seit einem Jahrzehnt herrscht wenigstens in diesem Urteil volle Einigkeit zwischen Oesterreich und Ungarn. Die ungarische Regierung mochte hundertmal versichern, daß der langfristige Ausgleich den höchsten Erfolg des Trennungsgedankens bilde, ihn schwarz auf weiß in einem Vertrag mit Oesterreich verbürge und gegen jede weitere Anfechtung schütze. In den Klubs und in den Wandelgängen des Parlaments machten der Ministerpräsident Bekerle und der Handelsminister Kossuth sich die größte Mühe, die Ueberzeugung hervorzuheben, daß die Trennung nur auf dem Weg einer solchen Vereinbarung gefahrlos zu erreichen sei. Die Unabhängigkeitspartei wollte nichts davon hören und fortwährend war mit der Möglichkeit zu rechnen, daß eine mit unsäglichen Schwierigkeiten erreichte Vereinbarung über den langfristigen Ausgleich schließlich an dem Widerstande des ungarischen Parlaments scheitern werde. Das ungarische Ministerium hat in seiner jetzigen Bedrängnis nicht die politische Tragfähigkeit, den schweren Druck des langfristigen Ausgleichs auszuhalten. Die Unabhängigkeitspartei wollte nicht durch ihre eigene Zustimmung die Wahrheit bestätigen, daß die Zolltrennung ohne Vereinbarung mit Oesterreich und ohne die Fortsetzung der einheitlichen Zollpolitik gegenüber dem Auslande eine Krise heraufbeschwören müsse, der die Kräfte des ungarischen Volkes und der Monarchie nicht gewachsen seien. Auch das österreichische Parlament hätte sich bei seiner jetzigen Zusammenkunft kaum entschlossen, den Ausgleich mit Zwischenzöllen anzunehmen. Deshalb sprühen aus dem langfristigen Ausgleich stets Funken heraus, die einen Brand in Oesterreich und in Ungarn hätten entflammen können. Der langfristige Ausgleich hätte beide Regierungen, beide Parlamente, die gesamte Monarchie in einen Streit verwickelt, der die ausgehäufte Veröberung nur vermehrt und die qualvolle Unsicherheit nur gesteigert haben würde. Wer ist jedoch dieses Streites nicht unsäglich müde? Wenn sich eine Lösung finden ließe, die uns wenigstens aus dem unmittelbaren Konflikt herausbrächte, die endlich der ganzen Monarchie eine Ruhepause in den namenlos peinlichen Ausgleichsverhandlungen schaffen würde, so könnte sie unmöglich schlechweg zurückgewiesen werden. Auch dann nicht, wenn sie weniger umfassend und durchgreifend wäre, als der langfristige Ausgleich. Das fehlt noch, in diese fürchterlich schweren Ausgleichsverhandlungen einen systematischen Dogmatismus hineinzutragen, der sich über Unvollkommenheiten nicht beruhigen kann, überall die Regelmäßigkeit des Quadrats mit allen seinen vier Seiten sucht und das praktisch Erreichbare nicht will, weil die ewigen Wahrheiten keine Befriedigung finden und das Gewissen in Aufruhr setzen. Der ungarische Reichstag wird sicher froh sein, wenn er

vom langfristigen Ausgleich nichts hört. Denn seine gegenwärtige Lage kann ihm schwerlich dazu Lust machen, noch weitere Unvollkommenheiten auf den Rücken zu laden. Das österreichische Parlament wird diese Gefühle teilen. Denn ein neu gewähltes Abgeordnetenhause, das ein brennendes Verlangen hat, sich möglichst populär zu machen, würde vor dem Gedanken erstarren, schon jetzt den Nachfolgern des Jahres 1917 die Verantwortung für Zwischenzölle und Zollsanktionen abzunehmen. Die politischen Verhältnisse und Stimmungen erschweren somit den langfristigen Ausgleich, und es war eine unbedingte Notwendigkeit, auf ihn zu verzichten und neue Wege in den Verhandlungen einzuschlagen. Leicht wird es freilich nicht sein, die Verständigung über den kurzfristigen Ausgleich zu erreichen. Sofort ist die Frage aufzuwerfen, ob die österreichische Regierung geneigt sein könne, das Privilegium der Bank gerade für jene sieben Jahre zu erneuern, die vielleicht der wirtschaftlichen Trennung vorausgehen werden. Kann die österreichische Regierung die Trennung der Verzehrungssteuern ohne wichtige Entschädigung bewilligen? Kann sie den Ertrag eines Zollbündnisses durch einen Zollvertrag ohne materiellen Gewinn hinnehmen? Auch diese Fragen streifen nur die Oberfläche des großen Problems und lassen sich noch durch eine ganze Liste vermehren. Aber die politische Notwendigkeit, die parlamentarische Entwicklung in Oesterreich und in Ungarn zwingen zu einem reiflichen Versuch, ob nicht beim kurzfristigen Ausgleich auf dem engeren Boden und durch Beschränkung des Streitgebietes das Gelingen werde, was beim langfristigen Ausgleich bisher mißlungen ist. Wenigstens auf einen prinzipiellen Widerstand sollen die Verhandlungen über einen kurzfristigen Ausgleich nicht stoßen, und durch eine Vorliebe für bestimmte politische Konstruktionen sollen die Wege zur Verständigung nicht versperrt werden. Der kurzfristige Ausgleich ist vielleicht noch schwieriger als der langfristige, aber minder gefährlich, weniger die innersten und schroffsten Gegensätze in der Monarchie herausfordernd. Was immer der kurzfristige Ausgleich enthalten mag, so muß er sich stets im allgemeinen Rahmen des Ezel-Koerberischen Vertrages halten und zwingt uns daher nicht, schon jetzt eine bestimmte Auffassung von der Zukunft der Monarchie gesetzlich festzulegen. Dagegen hat sich das öffentliche Bewußtsein am meisten gestraubt, und es wird eher die Unvollkommenheiten des langfristigen Ausgleiches ertragen als eine Vollkommenheit, die als Zerlegung der Monarchie empfunden worden wäre. Grundsätzliche Abneigung gegen den kurzfristigen Ausgleich besteht nicht. Vielleicht befreit er die Monarchie von einer Seigel, die ihren ganzen Körper schmerzhaft und wund macht; vielleicht bringt er die Erlösung von den — Ausgleichskonferenzen.

Die 7. Fortsetzung des Romans „Die Liebe Maria Lantes“ von Richard Vogl befindet sich auf Seite 19.

Fenilleton.

Die Unsicherheit in Oesterreich. An einen neuen Abgeordneten. Von Hermann Fahr.

Da Sie jetzt, lieber Freund, zu den Erwählten gehören und ein Mächtiger sind, will ich nicht hinter den anderen zurückbleiben. Alle laufen Ihnen jetzt mit Bitten nach: der um ein Amt, der um ein gutes Wort beim Minister, der für seine Tante, die von einer Trafft träumt. Auszuteilen, meinen die Menschen ja, sei der Abgeordneten eigentliche Bestimmung; hier finden sich und versöhnen sich die Meinungen der sonst entzweiten Parteien. Ich habe gelernt, daß es nicht gut ist, sich solchen allgemeinen Sitten zu widersetzen; alter Brauch trägt seinen tief geheiligten Sinn in sich, den man ehren soll. Ich will es, ich will auch meine Bitte nennen. Jeder hat ja seine Sorge, seinen Wunsch. Vom guten alten Saar wird erzählt, er habe, als ein Höher ihn aufforderte, sich etwas auszubitten, diesem gesagt: Könnte man nicht etwas tun, Höheit, daß es in Wien nicht gar so zieht? Ich weiß nicht, ob ich mehr Glück haben werde, wenn ich Ihnen, Höheit des Volkes, sage: Könnten Sie denn nicht etwas tun... gegen die Unsicherheit in Oesterreich? Heibel hat einmal gesagt, man kann mit einer geladenen Pistole umgehen und man kann mit einer ungeladenen Pistole umgehen, aber mit einer Pistole, von der man nicht weiß, ob sie geladen ist oder nicht, kann kein Mensch umgehen. Dies erleben wir in Oesterreich Tag für Tag. Man kann es sich nämlich einrichten, wenn etwas erlaubt ist, und man kann es sich einrichten, wenn etwas verboten ist; wenn man aber nie weiß, was erlaubt und was verboten ist, kann sich kein Mensch das Leben einrichten. Sie werden mich gleich verstehen. Sie sind doch sicher schon einmal auf dem Damm einer Bahn gegangen, neben den Geleisen, nicht? Man geht dort sehr ange-

nehm. Allerdings steht auf der Tafel, daß es streng verboten ist. Aber hat Sie das je gestört? Mich auch nicht. Denn wir wissen, daß man bloß, wenn der Wächter kommt, das richtige Gesicht zu machen hat. Der Wächter kommt und schaut, wer es ist. Man kummert sich aber gar nicht um ihn, sieht ihn nicht einmal an und geht nur noch etwas langsam, recht behaglich, bleibt wohl auch stehen, blickt ins Land hinaus, weit herum, oder klopft mit dem Stock an die Säulen. Meist genügt das; der Wächter grüßt artig und läßt uns vorbeigehen. Genügt es einmal nicht, ist der Wächter noch ungelübt und erkrankt sich, uns zu bemerken, daß das eigentlich verboten ist, so schaut man ihn ruhig an, lacht, nachsichtig, und sagt, ohne sich anzuhalten: Ja, ja, lieber Freund, ich weiß schon! Ein bißchen ungeduldig, ein bißchen drohend, aber doch gemächlich herablassend, als ob man, gut gelaunt, es ihm weiter nicht nachtragen würde, sagt man das und geht gelassen weiter. Dann ist es mit der Kühnheit des Wächters sicher aus, und wenn er sich nur ein wenig auf sein Amt versteht, entschuldigt er sich noch sehr, worauf man ihn auf die Schulter klopfen und eine Zigarette (wenn man eine schlechte für solche Fälle bei sich hat) schenken kann. Und man macht noch einmal das richtige Gesicht und geht dann weiter, der Wächter aber steht und denkt, daß es für ihn doch schwer ist, weil er den Leuten ansehen soll, ob einer nicht ein Graf oder gar ein Hofrat oder mit einem Hofrat bekannt ist. Unser ärgster Hofrat ist nämlich entschieden der der Hofräte, das wissen Sie doch?) Diese Landesfeste ist an vielen Abereien schuld, die ich verübt habe. Ich kam als junger Mensch, noch nicht Zwanzig, auf Ferien immer nach Linz, wo mein Vater Notar, Gemeinderat, Landesausschuß, allerhand Autorität war, und da gefiel es mir, besonders einen sehr netten biden Polizisten zu quälen, indem ich in seiner Gasse plötzlich, mitten in der Nacht, fürchterlich zu brüllen begann oder auf eine Laterne stieg, um da zu trommeln. Hatte er mich, schweigend, schnaufend, schimpfend, doch endlich eingeholt, so war ich ganz ruhig und sagte nur vergnügt: „Aber, aber! Was wollen Sie denn, kennen Sie mich denn nicht? Ich bin doch der Sohn vom Notar Fahr!“ Niemals aber aab ich nach, bevor er mich holte; ich hätte

die ganze Nacht gebrüllt. Einmal erfuhr es mein Vater; ich glaube, der Dide selbst hat ihm sein Leid geklagt. Er war wütend und mochte nicht wenig erstaunen, als ich, vor ihm gescholten, gelassen erwiderte, ich täte das auch keineswegs zu meinem Vergnügen, es sei mir schon sehr sad, sondern ich täte es aus Empörung und nur, um unsere Zustände zu prüfen und einmal zu sehen, wie weit das geht, was bei uns den Eöhnen der guten Familien alles erlaubt ist. (Denn wir hatten auch einen Hofrat zum Onkel.) Es war dumm, aber ich schämte mich heute noch nicht: ich hatte doch recht, freilich auf eine wunderbar verworrene Art. Mit hat später einmal einer erzählt, der ein Freund des bayrischen Königs Ludwig war und es ihm einst vorwarf, oft so hart und grausam und unmenschlich gegen Diener zu sein, wie dieser da plötzlich zu schluchzen und zu jammern begann, mit Wut und in Verzweiflung: „Ich will ja nur sehen, ob ich denn alles, alles darf! Warum wehrt sich denn keiner? Es macht mich toll!“ Ich verstehe das. Und ich glaube, daß einen Menschen, wie groß oder klein er sei, nichts so zerstören und entmenschen und vertieren kann als das Gefühl der Macht. Und ich bin manchmal schon recht froh, daß mein Vater doch nur ein Notar in Linz war... Also lieber Freund, dies ist der erste Grad der Unsicherheit in Oesterreich: Das Gesetz gilt nur für manche. Sie erinnern sich an die hübsche Geschichte voriges Jahr, wie sich eine Gräfin, die verhaftet werden sollte, einfach nicht verhaften ließ; sie fand das unpassend, und man sah es schließlich ein. Und Sie wissen auch, wie man etwa bei uns mit solchen Liebenberger Sünden verfährt: der Kellner oder Dragoner wird eingesperrt, der andere nie. Nichts ist verboten, wenn man die Beziehungen hat. Wenn man aber die Beziehungen nicht hat, ist eigentlich nichts erlaubt. Wenn man die Beziehungen nicht hat, kann man nie sicher sein. Mein alter Onkel, eben jener Hofrat, pflegte zu sagen: „Es gibt keinen Menschen, der nicht täglich dreimal das Kriminal verdient, wenn nur der Richter will!“ Manche Gesetze sind eigens darauf angelegt. Sie haben nur diesen Zweck, Menschen, die man sonst nicht einsperren könnte, doch einsperren zu können. Sie kennen

Die Gerichte über die Auflösung der Duma.

Wien, 13. Juni.

Seit die gegenwärtige Duma zusammengetreten ist, wird immer wieder prophezeit, daß ihr Ende unmittelbar bevorstehe. Vielleicht haben diese Prophezeiungen dazu beigetragen, sie bisher am Leben zu erhalten; denn es ist unzulässig, daß die Kadettenpartei, die nach der Auflösung der ersten Volksvertretung an den stürmischen Waborger Beschlüssen teilnahm, jetzt, um nicht zu einem neuen Abbruch des Parlamentarismus den Anlaß zu geben, nach Möglichkeit alles vermeidet, was einen ersten Konflikt mit dem Ministerium herbeiführen könnte. Die Kadettenpartei will zeigen, daß sich mit der Duma regieren läßt, und sie will die Verantwortlichkeit für eine etwa trotzdem erfolgende Auflösung von sich abwälzen und ganz benjentlichen überlassen, die die Auflösung vollziehen würden. Ministerpräsident Stolypin selbst ist sich auch, wie es scheint, ganz klar darüber, wie schwer eine solche Verantwortlichkeit auf ihm lasten müßte, und er weiß, was es zu bedeuten hätte, wenn aus Petersburg die Kunde in die Welt ginge, daß die Abgeordneten neuerdings nach kurzem Beisammensein fortgeschickt worden sind. Seine reaktionären Gegner, die ihm ein kleinliches Motiv unterchieben möchten, geben als Grund für seine Haltung an, daß es ihm eine Befriedigung der Eitelkeit gewähre, vor Rußland und Europa seine Nebenergabe entfallen zu lassen. Daß es für Rußland ein schwerer Schlag wäre, wenn auch dieser zweiten Duma das Wort abgeschnitten würde, daß ein Staatsmann, dem es ernstlich darum zu tun ist, das zu schaffen, was in Rußland vor allem fehlt: das Vertrauen, seine ganze Kunst aufzubieten muß, um mit dieser Duma so lang, als es nur irgend geht, auszukommen, wollen sie natürlich nicht zugeben. Die Reaktionäre von der Rechten, die sich den Parteienamen der Monarchisten beigelegt haben, als wenn die ganze übrige Volksvertretung aus Republikanern bestünde oder als wenn der Monarchismus in Rußland für alle Ewigkeit Absolutismus sein müßte, agieren offen für die Auflösung, und zwar für eine Auflösung auf Nimmerwiedersehen, so daß der Kaiser selbst ihnen seine Unzufriedenheit ziemlich deutlich bekundet hat. Sie sind aber entschlossen, ihn nötigenfalls auch gegen seinen Willen wieder zum unumschränkten Herrscher zu machen und bauen auf die Unterstützung bei Hofe und in den sich nach der parlamentslosen Zeit zurückzuehnenden hohen Klerikern. Nicht weniger bauen sie, wie sich zeigt, auf die unbeanstandete und beabsichtigte Hilfe, die ihnen die Revolutionsparteien leisten. Ein Teil der Linken geht geradezuwegs darauf aus, den Erfolg der Reaktion herauszufordern, in der Hoffnung, daß der dann zu erwartende Rückschlag den endgültigen Triumph ihrer Ideen bringen werde. Revolutionäre rechts und Revolutionäre links, und zwischen ihnen bewegen sich die in Voraussetzungen, Bestrebungen und Zielen untereinander sehr verschiedenen Anhänger einer konstitutionellen Entwicklung.

Die für die Duma gefährlichsten Debatten waren bisher nicht diejenigen über sachliche Angelegenheiten; die gefährlichsten waren die Debatten über Gefühls- oder Prinzipienfragen. Die Linke oder die Rechte oder beide zusammen schaffen plötzlich irgend eine kritische Situation. So war es letzten, als die Verschwörung gegen den Zaren, wegen welcher jetzt die Untersuchung eingeleitet ist, durch eine Interpellation zur Sprache gebracht wurde und die Linke sich durch Enttarnung aus dem Saale von der Loyalitätskündigung ausschloß; und so war es auch in der Sitzung vom 30. Mai, als die Linke wieder einmal nicht dafür zu haben war, gegen den Terrorismus die Verurteilung anzusprechen, der mehrere Mitglieber der Rechten und auch der Kadettenpartei gelegentlich der Diskussion über die Folterung von Gefangenen in Riga Ausdruck gaben. Sofort tauchte wieder das Gerücht auf, daß die Auflösung der Duma sich nicht werde vermeiden lassen. Die Rechte drängt

eben zur Auflösung. Erst vor einigen Tagen wieder hat der Abgeordnete Purtschliewitsch dem Zaren dieses Mittel neuerdings als das einzig richtige angepriesen, worauf ihm der Zar erwidert haben soll, daß er die Entscheidung in dieser Frage sich selbst vorbehalte. Eine neue Handhabe sollte die Debatte über die Amnestievorgänge bieten; aber auch da erwies sich die Kadetten der Situation gewachsen. Die Reaktionäre sehnen sich nach einem radikalen Beschlusse der Duma, der als Beweis für die Notwendigkeit dienen könnte, ihr das Leben abzuschniden, und sie verhehlen es gar nicht, daß sie glücklich wären, wenn der Vorwand geboten würde. Bei jedem Schritt wird der Versuch, eine geregelte Tätigkeit der Duma zu erzielen, unterbrochen, werden ihr Steine auf den Weg geworfen. Und der Weg wäre an sich schon mühselig genug, denn er wendet sich dem schwierigsten aller russischen Probleme, der Landfrage zu, für die überhaupt nur eine relative Lösung zu finden ist.

Gefährlicher als die vorangegangenen Prüfungen ist die allerneueste. Das Ministerium wünscht, daß sich die Duma rasch entscheide, ob sie über die acht Abgeordneten, die verdächtig sind, in die Verschwörung verwickelt zu sein, die temporäre Ausschließung verhängen will. Verständlicher wäre es, wenn an der Hand vorliegenden Materials die sofortige Auslieferung verlangt würde. Das Verlangen nach der temporären Ausschließung, also nach einer Disziplinarmaßregel innerhalb der Volksvertretung, wird einen heftigen Kampf hervorrufen, und es ist noch ganz unsicher, wie er ausgehen wird. Offenbar will man von der Duma in dieser Form ein antirevolutionäres Bekenntnis erlangen, und wenn sie es nicht ablegt, droht ihr die Auflösung und es würden dann nach einem oktroyierten Wahlgesetz Neuwahlen vorgenommen werden. Ob man aber nun das geltende Wahlgesetz für gut oder für schlecht hält — und es ist in der Tat viel zu verwickelt, um gut zu sein, und die allzu künstliche Erfindung hat die Erfinder enttäuscht — das Verfahren, nach welchem die Regierung zu einer, nach ihrer Ansicht besseren Duma gelangen will, ist jedenfalls verfehlt, und es ist auch verfehlt, der jetzigen Duma als Preis ihres Fortlebens bestimmte Bekenntnisse abzunötigen. Wenn die Regierung glaubt, daß Rußland ein Parlament braucht, und zu dieser Einsicht muß sie doch schon gekommen sein, so darf sie vernünftigerweise die Parteien, die zu praktischer parlamentarischer Tätigkeit bereit sind, nicht beständig um einer rein äußerlichen Genugtuung willen in die Klemme bringen, zwischen Ergebnisse für die Krone und Respekt für die Freiheit der Volksvertretung zu wählen. Es scheint, daß Stolypin gedrängt wird, endlich Dokumente für die Loyalität der Duma zu beschaffen, und es heißt, daß, wenn er sie nicht liefern kann, ein Ersatzmann schon bereit steht. Durnowo soll berufen sein, in diesem Falle der Duma ein Ende zu machen. Damit wäre natürlich die Hauptschwierigkeit noch vergrößert, das Landproblem, für das sich schon jetzt kein Ausweg findet, der nicht an die Zwangsenteignung von Grundbesitz wenigstens streift, noch erschwert. Man wird den Bauern kaum bezweigen können, daß es unbedingt nötig gewesen sei, ihre Vertreter wieder heimzuführen, und es ist sehr wahrscheinlich, daß sie bei Neuwahlen noch viel anspruchsvollere Aufträge nach Petersburg mitgeben werden als bisher. Es wird auch für die Großgrundbesitzer wenig Unterschied machen, ob die bäuerlichen Forderungen von Abgeordneten erhoben werden, die nebenbei in anderen Dingen fortschrittlich oder konservativ sind. Eine allgemeine Landverteilung, die im Namen von reaktionären Bauern verlangt wird, erschreckt sie und die Regierung darum nicht minder. Daß man aber einfach wieder zum Absolutismus greife, um dem Bauer wie dem Arbeiter und der Intelligenz Schweigen aufzuerlegen, ist undenkbar.

Der Absolutismus hat in Rußland eine so schwere Niederlage erlitten, in seinem Zusammenbruch sind so sehr alle seine Sünden zu Tage gekommen, daß man sich

nicht vorstellen kann, wie jetzt der Versuch gewagt werden könnte, ihn wieder zu beleben. Er ist vor allem zu schwach, um sich der Herrschaft dauernd zu bemächtigen; wie die Revolution, trotz alles Terrorismus, mit der Regierungsmacht nicht fertig wird, so würde der neuauftretende Absolutismus mit der Revolution nicht fertig werden; er würde sie vielleicht vorübergehend niederdrücken, aber er würde auf brennend heißem Boden ruhen, nie der nächsten Stunde sicher und nie der gegenwärtigen Stunde froh. Nach dem, was geschehen ist, gibt es in Rußland nur eine Möglichkeit: es muß aufrichtig konstitutionell regiert werden. Das ist gewiß nicht leicht; aber die Verhandlungen der Duma, so verworren und leidenschaftlich sie oft waren, haben erlernen lassen, daß die Möglichkeit dazu besteht, daß eine Partei vorhanden ist, mit der eine Regierung arbeiten kann. Diese Möglichkeit muß unter allen Umständen ausgenützt werden; Rußland muß den Beweis liefern, daß es sich einigermaßen modernen Formen anzupassen vermag, daß bei ihm die Ruhe nicht auf Zwang allein aufgebaut ist und daß auch bei ihm sich allmählich Vertrauen zwischen Regierenden und Regierten herausbilden kann. Wenn es diesen Beweis nicht zu liefern vermag, dann hat es einen Feldzug verloren, der viel schicksalsschwerer ist als der in Ostasien. In keiner der Schlachten in der Mandchurie und in den koreanischen Gewässern ist so viel auf dem Spiele gestanden, wie in dem Kampfe, den Rußland jetzt um die künftige Gestaltung seines inneren Lebens führt.

Verhandlung über den Abschluß eines kurzfristigen Ausgleiches.

(Telegramm der „Neuen Freien Presse“.)

Budapest, 13. Juni.

Aus Privatinformationen, die aus dem Kreise der Regierung durchsickerten, aber auch aus den Mitteilungen des Organs der Unabhängigkeitspartei wurde heute abends bekannt, daß nach dem jetzigen Stande der Ausgleichsverhandlungen an einen über das Jahr 1917 hinausgehenden Ausgleich kaum mehr zu denken ist. Formell ist eine Entscheidung in diesem Sinne zwar noch nicht gefallen, denn das letzte Wort über diese Frage soll erst in den folgenden Verhandlungen ausgesprochen werden. Nach der ganzen Sachlage kann man jedoch schon heute annehmen, daß bloß eine Regelung bis zum Jahre 1917 zu stande kommen wird, da sich eine solche in Ungarn ebenso wie in Oesterreich leichter durchführbar erweist. In Ungarn würde jede Vereinbarung über das Jahr 1917 hinaus mit Mißtrauen aufgenommen worden sein, und wie sie auch ausgefallen wäre, sie hätte den Segnern eines solchen Abkommens gewiß Gelegenheit gegeben, der Regierung und den herrschenden Parteien vorzuwerfen, daß sie die wirtschaftliche Selbstständigkeit des Landes auch für die Zeit nach dem Jahre 1917 preisgegeben haben, und diese Vorwürfe hätten zumindest in einem Teile der Öffentlichkeit Glauben gefunden. Diese Erwägungen ließen es für die ungarische Regierung wünschenswert erscheinen, den ursprünglich aufgetauchten Plan des langfristigen Ausgleiches, der auch in den bekannten russischen Propositionen zum Ausdruck kam, fallen zu lassen. Aber auch auf österreichischer Seite scheint die Ansicht Oberhand gewonnen zu haben, daß eine Regelung nach dem Jahre 1917, falls sie mit der Einführung von Zwischenzöllen verbunden wäre, wenig Anklang finden würde. Wenn aber nicht zumindest Zwischenzölle festgesetzt würden, könnte ein Ausgleich infolge des Widerstandes der ungarischen Regierung unter keinen Umständen abgeschlossen werden.

Dagegen fand man, daß in dem Falle, wenn man im Rahmen einer Vereinbarung bis zum Jahre 1917 verbleibt, eine entsprechende Ausgleichsbilanz sich recht wohl finden ließe, und zwar in der Weise, daß die

ja jene Verordnung vom ich weiß nicht wievielten April 1854, nach welcher die Studenten so gern behandelt werden. Sie hat den Vorzug, daß sie nämlich immer paßt. Um ihr zu verfallen, genügt es, daß man hustet, raucht, pfeift oder schließlich auch nur auf der Gasse geht oder steht. Natürlich wird sie nur angewendet, wenn man sie braucht. Also nur gegen Menschen von so verrückter Unsicherheit, daß eben durchaus kein anderer Paragraf auf sie paßt. An solche Fälle muß ja, das gebe ich schon zu, der Gesetzgeber doch auch denken. Wie käme man derlei Menschen denn sonst bei, wenn man es braucht? Man will aber bei uns dafür vorsorgen, allen Menschen beizukommen, wenn man es braucht. Nur daß nun der Untertan nie weiß, ob man es gerade braucht, auch ihm beizukommen — sehen Sie, verehrter Legislator, das ist der zweite Grad der Unsicherheit in Oesterreich.

Der dritte ist der Wechsel des Erlaubten und Verbotenen je nach dem Ort, nach der Zeit und, sozusagen, nach dem Wetter, das oben ist. Man hat noch nichts, wenn man unsere Gesetze kennt: denn sie wirken anders in jedem Bezirke, mit jedem Quartal, unter jedem neuen Minister. Deshalb bei uns wichtiger als die Kenntnis der Gesetze stets die Kenntnis der Behörden ist. Um sagen zu können, was in irgend einem Falle verboten oder erlaubt ist, genügt es nicht, die Paragraphen nachzusehen, sondern man muß wissen, wer eben Staatsanwalt, wer Richter ist. Dies wird Interpretieren genannt. Und unsere Juristen lassen einen aus, wenn man versucht, eine Verordnung aus dem Texte zu deuten, während es doch, versichern sie, niemals auf diesen, sondern immer nur darauf ankommt, ob es oben regnet oder die Sonne scheint. Oder wie die Juristen es nennen: auf die Praxis, welche mit den Damenmoden um die Wette läuft. Jahrelang weiß man, daß man dies und das nicht darf. Plötzlich erfährt man, daß man dies und das doch darf. Ist jenes Gesetz aufgehoben? Nein. Wir haben nur plötzlich einen netteren Minister. Man weiß aber nie, ob er es morgen noch sein wird. Es kann geschehen, daß er morgen nicht mehr

Minister, und es kann auch geschehen, daß er morgen zwar noch Minister, aber nicht mehr nett ist. Oft fragt man mich: Warum tun Sie das nicht? Ich antworte: Ist denn das nicht mehr verboten? Man erwidert: „Verboten ist es eigentlich schon noch, aber es wird nicht mehr verboten. Sie müssen wissen, seit Koerber haben wir eine viel mildere Praxis. Seit Koerber ist dies alles nicht mehr möglich.“ Aber auf einmal ist dann dies alles doch wieder möglich, es regnet auf einmal wieder. Und wirklich, mit einer Pistole, die jetzt ungeladen ist, um, nachdem man sich eben versichert hat, daß sie gewiß ungeladen ist, auf einmal unter der Hand wieder geladen zu sein, mit so einer Pistole kann man wirklich nicht umgehen. Weiß ich doch eigentlich gar nicht, ob dies, was ich verlange (daß mir nämlich schließlich alle Gesetze recht sind, wenn sie nur überall und immer und für alle gelten würden), nicht vielleicht, wenn es oben etwa gerade regnet, auch schon wieder Aufruhe ist. Und ich fürchte, lieber Freund, Sie sind ja leider auch ein Jurist und werden sagen: Ja, das ist halt nicht so einfach! Wir Laien aber denken da anders und meinen: das Gesetz soll eben einfach sein!

Ich weiß schon, was man einwenden. Viele behaupten nämlich, diese Unsicherheit in Oesterreich sei die uns eigentümliche, unseren Sitten angepasste Art, allmählich doch frei zu werden, wozu wir uns niemals unmittelbar einschließen, sondern nur nach und nach hinten herum anschließen können. Ist es nicht, sagt man, immerhin doch ein Fortschritt, wenn ein dummes oder schlechtes Gesetz, das wir nun einmal haben, wenigstens gelegentlich unterschlagen wird? Ist es nicht besser, daß wenigstens einige Menschen manchmal frei sind? Muß man nicht froh sein, wenn überhaupt ab und zu die Sonne scheint? So ist, von solchen „Machtwortleuten“ aus der Schule des fideles Lebens, wie der Hebbel-Kauf sie einmal nennt, immer noch jede Luberei bei uns entschuldigt worden; jedem genügt es ja, wenn er nur selbst

vielleicht für sich entschließen kann. Nein, lieber Freund, ich bin jener Meinung gar nicht. Ich bin dafür, daß ein dummes oder schlechtes Gesetz, wenn wir es nun einmal haben, dann auch unerbittlich für alle gelten muß. Schon deshalb, weil dann doch eher Hoffnung ist, daß es doch einmal allen zu dumm wird und sie sich wehren.

Nun aber, verehrter Tribun, halten Sie mich doch nur nicht für einen solchen Aretin, den Zweck und Sinn der Unsicherheit in Oesterreich zu verkennen. Ich weiß schon: sie ist kein Zufall, sie hat einen Plan, sie gehört zur österreichischen Erziehung. Menschen, die sich sicher fühlen, wird es schwer, jene Schmiegsamkeit und Dehnbarkeit des Wesens zu gewinnen, die gewünscht wird. Es soll über jedem eine leise Drohung hängen bleiben, daß schon dafür gesorgt ist, ihn, wenn er mißfällt, stets strafen zu können; nicht, weil er etwa getan hat, was verboten ist, sondern weil er ungebührlich denkt und sinnt und lebt, anders als es bequem ist. Und sie soll ein Anreiz sein, daß jeder eifere, gefällig zu werden, bis er zur Belohnung unter jene Ausgenommenen wird, die alles dürfen. Sie ist ein Mittel der Bildung zum österreichischen Charakter, ich weiß schon, sie gehört zu den Staatsmaximen des alten Oesterreich. Aber wollen wir nicht ein neues? Hieß es nicht, daß wir ein neues wollen?

Es hieß, vor den Wahlen hieß es. Nun scheinen es sich einige wieder anders überlegen zu wollen. Nun taucht schon wieder das ewige tröstende, trügende Oesterreicherwort auf: Wir sind noch nicht so weit! Nun soll schon wieder alles klein und gedulbig sein. Wirklich? So schnell? So wenig braucht ihr, ihr Neuen, um alt zu werden? Es kann euch aber geschehen, daß man euch noch ganz anders überraschen wird. Nein, lieber Mann der Freiheit, ein bißchen müßt ihr schon noch so tun! Ein bißchen müßt ihr doch zusehen, um ein bißchen zu helfen! Ihr habt uns ja sehr bescheiden gemacht. Oder ist es unbescheiden, wenn man bittend fragt, ob sich denn gar nichts machen läßt ... gegen die Unsicherheit in Oesterreich?!